

p.B. 72.9.15.1.

ANWENDUNG DER KSZE-BESTIMMUNGEN  
IM KULTUR- UND BILDUNGSBEREICHAussprache mit Vertretern der interessierten  
Institutionen und Organisationenvom 23. März 1977  
(Bundesrain 20, Bern)Anwesende

Herr P. Stauffer, <u>Vorsitz</u>	Chef der Sektion für Kulturelle und UNESCO-Angelegenheiten, EPD
Herr L. Boissonnas	Direktor der Stiftung Pro Helvetia
Prof. A. Fischli	Mitglied des Ausschusses des Zentralvorstandes der Schweizerischen Naturforschenden Gesellschaft
Herr Ch. Geiser	Vertreter der Gruppe Olten
Herr B. Geller	Generalsekretär des Schweizerischen Tonkünstlervereins
Herr P. Oprecht	Geschäftsführer des Schweizerischen Buchhändler- und Verleger-Vereins
Frau Dr. Ch. Schärer	Stellvertretende Generalsekretärin der Schweizerischen Geisteswissenschaftlichen Gesellschaft
Herr A. Bänninger	Chef der Sektion Film des Amts für Kulturelle Angelegenheiten, EDI
Herr E. Bischof	Informations- und Pressedienst, EPD
Herr H. Renk	Politische Direktion, EPD
Herr G. Ruf	Sektion für Kulturelle und UNESCO-Angelegenheiten, EPD
Frl. M. Appenzeller Protokoll	Sektion für Kulturelle und UNESCO-Angelegenheiten, EPD

Kopie geht an:

Herrn Botschafter A. Weitnauer  
 Herrn Botschafter F. de Ziegler  
 Herrn Botschafter R. Bindschedler  
 Herrn Botschafter A. Hegner  
 Herrn Minister J. Cuendet

Herrn E. Andres  
 Herrn J.-O. Quinche  
 Herrn M. Müller  
 Herrn H. Renk  
 Herrn E. Bischof  
 Herrn G. Ruf

- 1 -

Nachdem Herr Stauffer die Anwesenden begrüsst und ihnen für ihr Kommen gedankt hat, schildert Herr Ruf kurz die thematische Aufteilung der KSZE-Akte, sowie die Aufgaben der diversen Bundesbehörden bei deren Anwendung. Das Sekretariat der Schweizerischen Nationalen UNESCO-Kommission hat es übernommen, bei einigen diesem Gremium besonders nahestehenden Organisationen seinerseits eine Befragung über die mit der KSZE-Schlussakte bisher gemachten Erfahrungen durchzuführen. Herr Renk erklärt Zweck und Ziel der Folgekonferenz in Belgrad.

Als erster berichtet Herr Boissonnas über die Erfahrungen der Pro Helvetia mit den Ostblockstaaten. Er betont, dass die Arbeit der Stiftung exportgerichtet ist und er daher nicht so sehr über Austausch sondern mehr über die Erfahrungen der Schweizer Kulturschaffenden in diesen Ländern berichten könne. Die Konferenz in Helsinki ging ohne die geringste Auswirkung und leider auch ohne jegliche Erleichterungen an Pro Helvetia vorbei. Das einzig Erwähnenswerte ist ein Vorschlag Bulgariens, die Kulturbeziehungen zu uns zu intensivieren, was sicher eine Folge der Konferenz von Helsinki darstellt. Auch die Aktionen der Pro Helvetia gegenüber den Oststaaten sind seit Helsinki unverändert geblieben. Zu allen diesen Ländern werden, ohne jegliche politische Absichten, Kontakte unterhalten. Die Anstösse sind z.T. allerdings mehr zufälliger Art (z.B. wurde der 30. Jahrestag der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen Schweiz - UdSSR in der Sowjetunion als "Aufhänger" für einige kulturelle Anlässe benützt). Eine der bedeutendsten Schwierigkeiten besteht immer noch in der Devisenfrage: Schweizer Kulturschaffende erhalten ihre Honorare in den Oststaaten in nichttransferierbarer Landeswährung ausbezahlt. Das Interesse unserer Künstler, sich in diesen Ländern zu produzieren, ist dementsprechend sehr gering. Eine grosse Barriere bildet auch die ungleiche Diskussions-ebene: unsere privaten Organisationen gegenüber staatlichen Institutionen.

- 2 -

Herr Geller schliesst sich voll und ganz den Aussagen von Herrn Boissonnas an. Auch auf dem Gebiet der Musik hat sich seit Helsinki nichts verändert, und die Probleme sind die gleichen geblieben.

Laut Herrn Stauffer ist die Sektion für Kulturelle und UNESCO-Angelegenheiten bemüht, sich eine Uebersicht über Austauschvolumen und Austauschrelation mit den verschiedenen Oststaaten zu verschaffen. Gerade auf musikalischem Gebiet ist der östliche "Exportüberschuss" uns gegenüber enorm. Statistisch kann der Austausch nicht voll erfasst werden. Die einzige Möglichkeit besteht in der Auswertung der Visaerteilung an Bürger von Oststaaten. Aus den bisher so erhaltenen Angaben, die Herr Ruf zitiert, bestätigt sich, dass beim "Kultur-Import" bei weitem die Musiker überwiegen. Die Tschechoslowakei steht allen voran mit 749 Einreisevisa an kulturell Tätige, wovon 519 an Musiker erteilt wurden, gefolgt von Polen mit 390 Visa, davon 252 an Musiker; Ungarn mit 307, davon 167 Visa an Musiker. Weniger Visa wurden in Rumänien (170, 128 an Musiker), Bulgarien (131, 67 an Musiker), der Sowjetunion (121, 19 an Musiker) und zuletzt noch in der DDR (106 Visa, 20 an Musiker) beantragt. Was die Reziprozität anbelangt, so legt Herr Stauffer dar, könne man sich nur auf die z.T. unvollständigen Angaben unserer Botschaften über schweizerische Künstlertreffen in ihren Residenzländern stützen. Für die Künstler besteht keine Meldepflicht im Ausland.\*

Die Beobachtungen von Herrn Oprecht beziehen sich insbesondere auf die DDR. Auf dem Gebiet des Buchwesens verzeichnet dieses Land uns gegenüber einen Exportüberschuss, da Devisen für den Import von Büchern nur in ganz geringem Umfang und vorrangig zur Befriedigung des Bedarfs von Forschungsinstitutionen freigegeben werden. Auch wenn man die von schweizerischen Verlagen in die DDR vergebenen Druckaufträge einbezieht, bleibt die Handelsbilanz für uns passiv. Die an sich erfreuliche Tatsache, dass aufgrund von Lizenzverträgen mit schweizerischen Verlagen in den letzten Jahren eine Anzahl Schweizer Bücher in der DDR erschienen sind, vermag das bestehende Ungleichgewicht in finanzieller Hinsicht ebenfalls nicht auszubalancieren.

\*) bei unsern Vertretungen

- 3 -

Herr Stauffer zitiert aus der schriftlichen Stellungnahme des am Erscheinen verhinderten Generalsekretärs des Schweizer Schriftsteller-Verbandes, Herrn Böni: Unsere Kontakte mit den Ostblockstaaten haben in den letzten zwei Jahren keine wesentlichen Änderungen erfahren. Sie wären allerdings in Bezug auf den Austausch von Delegationen ohne weiteres zu verbessern. Unsere östlichen Partner messen seit langem diesem Austausch grosse Bedeutung bei und der Ausbau dieser Kontakte scheitert in erster Linie an unseren finanziellen Mitteln. Seit dem August 1975 hatten wir den Besuch einer Delegation von drei rumänischen Schriftstellern erhalten. Je eine Zweierdelegation unseres Verbandes besuchte Rumänien und Bulgarien. In Zukunft werden wir jedoch aus finanziellen Gründen auf solche Austausche verzichten müssen. Aufgrund einer Absprache mit Pro Helvetia wird aber diese Stiftung mindestens teilweise die Kontaktbedürfnisse von Schweizer Schriftstellern mit ihren Kollegen in den Ostblockstaaten wahrnehmen. Im weiteren erhalten wir im Austausch mit den meisten Ostblockstaaten gewisse literarische Zeitschriften. Auch werden wir von Zeit zu Zeit gebeten, gewisse biobibliographische Hinweise über Schweizer Autoren für in den Oststaaten erscheinende Arbeiten zu machen. Damit dürften sich aber die Kontakte des SSV erschöpfen.

Herr Geiser bestätigt die schriftliche Stellungnahme des Schweizerischen Schriftsteller-Verbandes und fügt bei, dass die Gruppe Olten auf zwei Ebenen arbeite. Einerseits beteiligt sie sich an den Aktionen der Pro Helvetia und des SSV, andererseits pflegt sie den direkten Kontakt mit dem ostdeutschen Schriftsteller-Verband, von dem die Initiative zu dieser Zusammenarbeit ausgegangen ist. Von 1973 - 1975 bestand dieser Kontakt lediglich in Sondierungsgesprächen, 1976 wurden konkrete Vereinbarungen getroffen. Diese sehen Einladungen an ostdeutsche und schweizerische Schriftsteller vor, wobei der einladende Verband seinen Gast ohne Vorschriften auswählen kann. Dank diesen Vereinbarungen konnte letztes Jahr die Lyrikerin Sara Kirsch eingeladen werden. Diese auf Verbandesebene ausgetauschten Besuche, ohne Einmischung der Ministerien, haben

sich bewährt; die Schwierigkeiten sind alle beseitigt, und die Gruppe Olten möchte diesen Austausch noch intensivieren. Als Randbemerkung erwähnt Herr Geiser, dass die bekundete Sympathie für Wolf Biermann das gute Verhältnis zum DDR-Schriftsteller-Verband keineswegs trübte. Die Gruppe Olten ist auch bemüht, Kontakte mit einzelnen deutschsprachigen rumänischen Schriftstellern herzustellen.

Herr Boissonnas warnt vor der Illusion, dass mit osteuropäischen Partnern wirklich "private" Kontakte von Verband zu Verband ohne Einschaltung staatlicher Instanzen (auf östlicher Seite) möglich seien. Das zeigt auch das Beispiel eines Versuchs der schweizerischen Puppenspieler-Verbände, auf privater Basis Verbindung mit der entsprechenden Organisation in der DDR herzustellen. Obwohl diese Angelegenheit völlig unverfänglich war, mischte sich das Ministerium ein. Desgleichen auch bei Vorstößen im Filmbereich. Die ersten Fühlungen spielen sich meistens auf der Ebene der Verbände ab, aber je nach der politischen Wichtigkeit schaltet sich das Ministerium früher oder später ein. Für Herrn Geiser stellen diese Ausführungen einen Grund mehr dar, die Kontakte zu einzelnen Schriftstellern noch intensiver zu pflegen. Auf inoffiziellen Weg sei mehr zu erreichen als auf offiziellem. Dagegen meint Herr Boissonnas allerdings, nicht konforme Leute aus den Oststaaten erhielten sowieso keine Ausreisebewilligungen, die ja von oberster Stelle erteilt werden.

Herr Renk und Herr Stauffer fügen bei, dass die Oststaaten mehr auf offizielle Kontakte tendieren und diese in Abkommen und Vereinbarungen zu kleiden versuchen, während die westlichen Staaten Einzelkontakte privater Art vorzögen. Diese unterschiedlichen Zielvorstellungen kamen während der Verhandlungen in Helsinki und Genf deutlich zum Ausdruck und haben in zahlreichen Artikeln der Schlussakte ihren Niederschlag gefunden.

Auch im Filmbereich hat sich, laut Herrn Bänniger, seit Helsinki nichts geändert, die Schwierigkeiten sind die gleichen geblieben. Ein grosses Problem besteht in der Reziprozität. Die Schweiz wäre bereit, ausländische Filme zu zeigen, geniesst aber kein Gegenrecht; andererseits finden die für das Ausland bestimmten Filme aus den Oststaaten bei uns aus qualitativen oder ideologischen Gründen keinen Absatz. Das Angebot stimmt mit der Nachfrage nicht überein, was auch Herr Boissonnas bestätigt. Da der Film auch eine kommerzielle Ware ist, spielt das Devisenproblem wieder eine wichtige Rolle. Seitens der Leitung der internationalen Filmfestivals von Locarno und Nyon, fügt Herr Stauffer bei, sei eine aufgeschlossene Politik gegenüber den Oststaaten festzustellen. Diese Filme hätten dort immer ihre Chancen erhalten. Nach Herrn Oprecht sind die DDR-Filme neuerdings wieder stärker parteigefärbt.

Im Zusammenhang mit den Naturwissenschaften bestätigt auch Herr Prof. Fischli, dass sich seit Helsinki nichts geändert habe. Die Schweizerische Naturforschende Gesellschaft legt besonderen Wert auf den direkten Besucheraustausch, obwohl sich dies angesichts der Etatisierung der Forschung in den Oststaaten wieder als ziemlich schwierig erweist. Da die Bedürfnisse der Schweiz und der Oststaaten verschieden gelagert sind, ist auch der Austausch je nachdem intensiver oder spärlicher. Während die Schweiz im Bereich der Nuklearforschung nichts zu bieten hat, gibt es z.B. in der Chemie doch einen ausgeglichenen, wenn auch minimalen Austausch. Was die Erfolgsquote der Einladungen an Nuklearforscher anbelangt, ist sie sehr schlecht, in der Chemie um einiges besser. Frau Schärer fügt hinzu, dass der Austausch von Naturwissenschaftlern für die Ostländer mit grösseren politischen Risiken verbunden sei als z.B. jener von Geisteswissenschaftlern, was sich auch deutlich zeige. Trotzdem stösst man auf in diesem Bereich auf Probleme, wie es das folgende Beispiel zeigt: Die Slawisten in Westeuropa möchten einen Kongress organisieren, bei dem natürlich die Vertreter Osteuropas nicht fehlen dürfen - nur haben diese bis jetzt keine Ausreiseerlaubnis erhalten. Laut Frau Schärer wickelt sich hingegen der Austausch von Studentengruppen eher reibungslos ab.

Herr Ruf berichtet über die Resultate, die Herr Prof. Miller, Leiter der Zentralstelle für Hochschulwesen gemacht hat. Die Beziehungen zwischen den schweizerischen und osteuropäischen Hochschulen wickeln sich auf drei Ebenen ab: Auf Verwaltungsebene hat das Amt für Wissenschaft und Forschung Absprachen mit der Sowjetunion (Staatskomitee für Atomenergie, 1971; Akademie der Wissenschaften, 1974) und mit Rumänien (Staatskomitee für Kernenergie, 1972) getroffen. Ueber den Abschluss ähnlicher Vereinbarungen wird z.Z. mit Polen und Ungarn verhandelt. Zwischen Universitäten sind längerfristige Rahmenabkommen betreffend Wissenschaftler- und Informationsaustausch verhältnismässig wenig zahlreich und bestehen nur mit Polen und Rumänien. Häufiger sind einmalige Vereinbarungen betreffend die Zusammenarbeit bei gemeinsamen Forschungsprojekten oder Einladungen zur Teilnahme an Seminaren. Diese Austausche bestanden schon vor der Konferenz in Helsinki, haben aber dadurch seither einen gewissen Auftrieb erfahren. Auf privater Basis Einzelstudierende sind nur an den Universitäten in Polen zugelassen, während es in den andern Ländern einer Regierungsintervention bedarf.

Herr Bischof berichtet kurz über die Erfahrungen, die im Bereich der Information und Presse gemacht wurden, und vermittelt Zahlenangaben über die Ein- und Ausfuhr von Zeitungen zwischen der Schweiz und den Oststaaten. Auch im Sektor Information hat die KSZE-Akte bisher keinen "Durchbruch" herbeigeführt.

Abschliessend hält Herr Stauffer fest, die Aussprache habe bestätigt, dass zwischen den Organisationen des schweizerischen kulturellen Lebens und den zuständigen Bundesstellen Uebereinstimmung in dem Wunsch bestehe, Ost-West-Kontakte vor allem auf privater oder jedenfalls nicht regierungsamtlicher Basis, zwischen Kulturschaffenden oder einzelnen kulturellen Institutionen "hüben und drüben", anzustreben. Soweit sich staatliche Hilfe schweizerischerseits bei der Herstellung und Abwicklung solcher Kontakte als notwendig erweist, was angesichts der durchgehenden "Etatisierung" auf der östlichen Seite ohne weiteres der Fall sein kann, sind das Politische Departement und die

- 7 -

Auslandsvertretungen gerne bereit, diese nach Massgabe ihrer Möglichkeiten zu leisten.

Im übrigen decke sich die von allen Votanten getroffene Feststellung, dass "Helsinki" auf die Ost-West-Beziehungen in ihrem Tätigkeitsgebiet kaum irgendwelche spürbaren Auswirkungen gezeitigt habe, auch mit den Beobachtungen des Politischen Departementes. Spektakuläre Verbesserungen hätten realistischerweise aber auch nicht erwartet werden können. In geduldiger Kleinarbeit gelte es, die Bemühungen um intensivierete Kontakte zu Osteuropa gleichwohl fortzusetzen, dies durchaus auch im Sinne verstärkter "Exportanstrengungen" der schweizerischen Seite, die in den Oststaaten übers Ganze gesehen weit weniger stark in Erscheinung tritt als umgekehrt der Osten bei uns. Vorschläge für entsprechende Initiativen wären dem EPD im Hinblick auf die Konferenz von Belgrad willkommen, dasselbe gilt ganz allgemein für Informationen im Zusammenhang mit der KSZE-Thematik, die den an der Sitzung vertretenen Institutionen und Organisationen auch in Zukunft noch zur Kenntnis gelangen sollten.